

### Straßenstrich-Verbot in ganz Berlin

CDU-Fraktion will hart durchgreifen, Kinder schützen und Sicherheit stärken  
Seite 2

### Berlin geht gegen illegale Schusswaffen vor

Polizei macht erfolgreich Druck gegen bewaffnete Tätergruppen  
Seite 7

# klartext



zur Stadt, Ihrem Kiez & dem Berliner Parlament

Zeitung der CDU-Fraktion Berlin | Juni 2026



### Liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

zuerst danke ich Ihnen herzlich für Ihr Engagement in unseren Kiezen. Viele Hinweise, die mich erreichen, kommen direkt von Ihnen – aus Gesprächen vor Ort, aus E-Mails oder bei meinen Bürgersprechstunden.

Als direkt gewählter Abgeordneter für Ihren Wahlkreis verstehe ich meine Aufgabe nicht nur im Abgeordnetenhaus, sondern auch ganz praktisch vor Ort: zuhören, nachhaken, Zuständigkeiten klären und Informationen transparent machen. Das gelingt nicht immer sofort. Manchmal entstehen schnelle Lösungen, manchmal braucht es Geduld – und manchmal bleibt nur, den Druck aufrechtzuerhalten.

Das parlamentarische Mittel der Schriftlichen Anfrage habe ich inzwischen 97-mal für Sie genutzt. Bei Ordnung und Sauberkeit, illegalen Altkleidercontainern oder lange ruhenden Baustellen konnten wir gemeinsam bereits spürbare Verbesserungen erreichen.

Besonders schwierig bleibt die Verkehrslage im Wendenschloßviertel. Hier wirken Entscheidungen und Annahmen von vor mehr als zehn Jahren bis heute nach. Mehr dazu in diesem Klartext.

Herzliche Grüße, Ihr

*Martin Sattelkau*

**Martin Sattelkau**  
Ihr Abgeordneter für  
Allende-Viertel, Kietz,  
Kietzer Feld, Wendenschloß,  
Müggelhort, Müggelheim

## Berlin voranbringen

Im engen Austausch, wie Berlin weiter verbessert werden kann und was erreicht wurde bei Bürgerämtern, in der Mobilität, beim Mieterschutz und Wohnungsbau. Das große Doppel-Interview mit Berlins Regierendem Bürgermeister Kai Wegner und CDU-Fraktionschef Dirk Stettner: Seite 4–5



Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

## „Viel getan – viel zu tun“

Friedlichster 1. Mai, Schüler und Bildung im Aufwind: CDU-Fraktion zieht positive Bilanz, die Richtung stimmt

Statt Gewalt-Randale und brennende Barrikaden herrschte fröhliche Ausgelassenheit in Parks und Straßen. Berlin erlebte den friedlichsten 1. Mai seit Jahrzehnten. Und auch Silvester hatte die Polizei mit Rückendeckung aus der Politik die Lage im Griff – im Gegensatz zum rot-rot-grünen Chaos-Jahreswechsel 2023.

„Der Anfang ist gemacht – die Richtung stimmt.“, so das Fazit. Die CDU-Fraktion zieht nach drei Jahren Regierungsarbeit eine positive Bilanz:

### Innere Sicherheit

Sicherheit und Schutz der Berliner standen klar im Vordergrund. Dafür hat die CDU-Fraktion das schärfste

„**Der Anfang ist gemacht – die Richtung stimmt. Wir ziehen nach drei Jahren Regierungsarbeit eine positive Bilanz.**“

CDU-Fraktion Berlin

Polizeirecht Deutschlands durchgesetzt: mehr Videosicherheit, mehr Schutz gegen häusliche Gewalt, mehr technische und rechtliche Möglichkeiten im Kampf gegen Terror und Clan-Kriminalität.

Nach linksterroristischen Anschlägen wird jetzt unser Stromnetz gesichert mit mehr Wach- und Videoschutz. Schwachpunkte lassen sich nicht mehr so einfach ausspionieren. Berlin hat aus den Attacken gelernt und konsequent gehandelt.

### Schule und Bildung

In der Bildungspolitik wurde umgesteuert. So haben unsere Schüler im Leistungsvergleich der Bundesländer die Schlussplätze aus rot-grün-roten Zei-

ten endlich verlassen und sind auf dem Weg nach vorn. Die Lehrer-Lücke ist weitgehend geschlossen, Kita-Lerngruppen sind heute kleiner und damit besser betreut als noch vor drei Jahren.

### Das große Doppel-Interview

Machen ist wie wollen – nur krasser: Lesen Sie auf den Seiten 4 und 5 unser großes Interview mit Berlins Regierendem Kai Wegner und CDU-Fraktionschef Dirk Stettner über mehr Wohnungsbau und Mieterschutz, warum Berliner besser vorankommt und die Verwaltung endlich wieder besser funktioniert. Die Richtung stimmt. Der Anfang ist gemacht.

WOHNRAUM  
**50.000**

Menschen am Rand des Tempelhofer Feldes ein neues Zuhause bieten und gleichzeitig Freiraum

Seite 2

INFO — GRAFIK  
%  
€

Sicher in guten Händen

Zahlen und Fakten zu Berliner Blaulicht-Einsatzkräften

Seite 3

## Berlin greift durch gegen Müllsünder

Endlich mehr Sauberkeit und Ordnung in den Straßen und Grünanlagen

Höhere Bußgelder gegen Müllsünder und Müll-Polizisten sind den Verursachern illegaler Abfallhalden auf der Spur. Berlin greift knallhart durch gegen Dreck, Vandalismus und Verwahrlosung: In den letzten Monaten gab es rund 1000 Anzeigen und 300.000 Euro an Buß- und Verwarnungsgeldern – Tendenz steigend.

### Mehr Mitarbeiter gegen Müll

Ende letzten Jahres wurden auf Initiative der CDU-Fraktion die Bußgelder empfindlich erhöht (klartext berichtete): Zigaretten wegschmeißen von 55 auf 250 Euro, illegale Sperrmüll-Ablagerungen von 160 auf mindestens 1000 Euro.

1000

Müllsünder-Anzeigen

Gleichzeitig bekamen Bezirke über 100 „Waste-Watcher“, also Müll-Polizisten. Sie sollen Müllsünder dingfest machen, möglichst auf frischer Tat. Denn die Beweisführung ist entscheidend bei der Strafverfolgung.

Sauberkeit ist ein wichtiges Wohlfühl- und auch ein Sicherheitsthema. Das achtlose Wegwerfen von Papp-



Dreckecken im Visier von Müll-Sheriffs: Mit ihnen wird Berlin sauberer Foto: IMAGO/Funke Foto Services

Papier und anderen Sachen, das illegale Abladen von Bauschutt und Sperrmüll am Straßenrand aus Gewohnheit oder vielleicht nur Bequemlichkeit hat nach Beobachtung vieler deutlich zugenommen. „Uns ist es schlicht unerklärlich, wie man denken kann, dass es in Ordnung ist, seinen Müll auf der Straße liegenzulassen“, ärgern sich Betroffene.

### „Kieztage“ bleiben

Erfreulich: Die beliebten „Kieztage“ der Stadtreinigung mit kostenloser Sperrmüllentsorgung werden fortgesetzt. Jeder kann Sperrmüll bis zu drei Kubikmeter kostenlos in den Recyclinghöfen abliefern.

## Apple-Entwicklungs- zentrum

Der US-Soft- und Hardwareentwickler Apple wird sein erstes europäisches Zentrum zur Unterstützung von App-Entwicklern in Berlin-Mitte ansiedeln, Eröffnung noch in diesem Jahr. Es wird das fünfte Apple Developer Center weltweit sein. Dort veranstaltet werden u.a. Workshops, in denen der Konzern Programmierern seine Entwicklerwerkzeuge für Plattformen näherbringen will.



Apple investiert in Berlin und schafft Arbeitsplätze

Foto: IMAGO/ZUMA Press

## Neues Forschungsgebäude an der TU Berlin fertiggestellt

Auf dem neuen Campus Ost der Technischen Universität Berlin ist das Forschungsgebäude IMoS fertiggestellt worden. Auf rund 5700 Quadratmetern bietet der Neubau moderne Labore, ein leistungsfähiges Rechenzentrum sowie Seminar- und Arbeitsräume für interdisziplinäre Forschung.

Dort sollen künftig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Mathematik, Informatik, Natur- und Ingenieurwissenschaften gemeinsam an Zukunftsfragen arbeiten. Der Neubau kostet rund 75 Millionen Euro und stärkt den Wissenschafts- und Innovationsstandort Berlin.

# Straßenstrich-Verbot in ganz Berlin

CDU-Fraktion will hart durchgreifen, Kinder schützen und Sicherheit stärken



Prostitution auf offener Straße ist Dauerärgernis. Die CDU will das in ganz Berlin unterbinden Foto: IMAGO/Rolf Kremming

Offene Prostitution vor den Augen von Kindern, Drogenkonsum, Gewaltkriminalität – unerträgliche Zustände auf der Kurfürstenstraße in Schöneberg. „Nachts könnte man hier einen Porno drehen“, sind Anwohner empört. Geschäftsleute klagen über vermehrte Diebstähle. Sogenannte Verriegelungsboxen, die einst Berlins Grüne für das Geschäft mit Sex aufgestellt haben, sind ein Ekelfaktor im Straßenbild.

Die CDU-Fraktion will jetzt hart durchgreifen und in einem

ersten Schritt die Straßenprostitution im Kurfürstentempel und rund um den Nollendorfplatz verbieten. Danach soll sie in ganz Berlin verboten werden.

### Bedrohlich und kritisch

Die Situation vor Ort ist unerträglich: Frauen werden unter unfassbaren hygienischen Zuständen ausgebeutet. Sie befinden sich in extrem prekären Lebenslagen. Menschenhandel, Zuhälterei, Gewalt, Drogenabhängigkeit und Obdachlosigkeit gehören

häufig zu ihrem Alltag. Auf der Straße greifen die Schutzstandards des Prostituiertenschutzgesetzes faktisch kaum.

Deshalb geht es der CDU-Fraktion nicht nur um ein Verbot, sondern auch um Hilfe. Die Umsetzung muss durch soziale Angebote begleitet werden. Frauen sollen von der Straße in Hilfsangebote, Drogenentzug und Ausstiegsmöglichkeiten begleitet werden. Ihre Sexdienste sollten sie in gesetzlich geschützten, hygienisch einwandfreien Räumen verrichten.

## 1. Schritt: Verbot der Straßenprostitution im Kurfürstentempel und am Nollendorfplatz

### Kinder und Jugendliche besser schützen

Im Mittelpunkt steht der Schutz von Kindern und Jugendlichen. Im Umfeld der Kurfürstenstraße befinden sich mit Drogenbesteck und Spritzen belastete Kitas und Spielplätze.

### Von Grünen-Stadträtin im Stich gelassen

Schlimm: Anwohner und Händler schrieben Beschwerdebriefe u.a. an die Grünen-Stadträtin im Bezirk. Sie bekamen nach eigenen Angaben aber keine Antwort. Sie fühlen sich nicht ernst genommen. Das macht Betroffene wütend. Die CDU-Fraktion macht jetzt Druck, damit sich etwas ändert.

### Stadtweites Verbot gefordert

Bundesländer und Kommunen können dem Sex-Geschäft auf der Straße einen Riegel vorschieben. Stadtweite Verbote für Straßenprostitution gibt es zum Beispiel in Karlsruhe und Heilbronn. Das will die CDU-Fraktion in Berlin auch durchsetzen. Sexuelle Dienstleistungen wären dann nur in Bordellen zulässig, die sich leichter von Behörden kontrollieren lassen. Zusätzlich könnten Polizei und Ordnungsbehörden leichter gegen die Begleitkriminalität vorgehen.

Dem Kiez ist zu wünschen, dass sich diese Initiative politisch durchsetzt. Denn die Menschen vor Ort haben lange genug erlebt, was passiert, wenn der Kriminalität nicht ausreichend Grenzen gesetzt werden. Jetzt braucht es Regeln, Schutz und Hilfe, die auch wirklich ankommen.

# Tempelhofer Feld: Freiraum erhalten, Wohnraum schaffen

Mehrheit der Berliner unterstützt nach Umfragen eine stadtverträgliche Randbebauung

Das Tempelhofer Feld ist der Central-Park Berlins für Sport, Freizeit, Kultur und Erholung. Das soll auch so bleiben.

Doch es gibt dort Platz für Mehr, für stadtverträglichen Wohnungsbau, den sich die Mehrheit der Berliner am Feldrand wünscht. Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, diesen Wunsch wahr werden zu lassen.

Anders als oft behauptet, soll das Feld aber nicht zugebaut, sondern endlich sinnvoll weiterentwickelt werden.

Berlin braucht dringend mehr Wohnungen. Deshalb setzt sich die CDU-Fraktion für maßvollen Wohnungsbau am Rand des Tempelhofer Feldes ein. Auf den Randflächen könnten nach neuesten Plänen mehr als 20.000 neue Wohnungen für etwa 50.000 junge Menschen und für Familien mit normalem Einkommen entstehen. Davon 30



Blick auf das freie Tempelhofer Feld mit Platz für Neubau im Randbereich Bild: Kollhoff/Nöfer/Asstigmatic

Prozent als sozial geförderter Wohnraum.

### Große Freifläche bleibt erhalten

Die große Freifläche bleibt in dem Modell erhalten. Die rund

# 20.000

neue Wohnungen könnten entstehen und 200 Hektar Freifläche dauerhaft erhalten bleiben

200 Hektar in der Mitte sollen dauerhaft bestehen und unbebaut bleiben. Das entspricht genau der Fläche (280 Fußballfelder), die nach dem Volksentscheid Grünfläche bleiben soll.

Tempelhof bietet viele Vorteile: Zentral gelegen, mit Straßen und öffentlichem Nahverkehr wird die Erschließung hier von Anfang an durch zusätzliche Infrastruktur mitgedacht. Eine behutsame Randbebauung würde Berlins Mietmarkt entlasten und dafür sorgen, dass nicht jeder Fleck und Innenhof in den Außenbezirken bebaut werden müsste. Darauf zu verzichten, wäre aus Sicht der CDU-Fraktion falsch.

Auch in der Stadtgesellschaft gibt es dafür Rückenwind: Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner eine maßvolle Randbebauung unterstützt – solange der Charakter des Feldes erhalten bleibt.

# Sicherheit in guten Händen

**Rund um die Uhr im Einsatz:** Zahlen und Fakten zu den Berliner Blaulicht-Organisationen

Der Begriff „Blaulicht-Organisationen“ umfasst alle **Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)** sowie weitere Rettungs- und Hilfsdienste, die bei Einsätzen zur Rettung von Menschenleben oder Abwehr von Gefahren ausrücken. Dazu gehören: Polizei Berlin, Bundespolizei, Berliner Feuerwehr und Freiwillige Feuerwehr, Rettungsdienst (Notarzt, Rettungs-

wagen, Krankentransport), Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen (Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter Unfall-Hilfe, Malteser Hilfsdienst, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft), Zoll, Notdienste der Versorgungswerke (Gas, Wasser, Strom), Unfallhilfswagen der BVG und Deutschen Bahn.

## CDU-Fraktion setzt auf konsequenten Schutz der Berliner Bevölkerung

### 1. Berlin mit stärksten Polizeigesetz Deutschlands

Das ASOG wurde reformiert. Die Polizei Berlin hat endlich die zeitgemäßen Befugnisse, die sie braucht, darunter:

- Videoschutz und Messerverbot an kriminalitätsbelasteten Orten
- verknüpfte Standortdaten bei Notrufen für schnellere Hilfe

- erweiterte 72-Stunden-Speicherungsdauer von Videodaten im ÖPNV

- Schutz vor häuslicher Gewalt durch maximal verlängertes Betretungsverbot, elektronischer Aufenthaltsüberwachung (Fußfessel) und Opferschutz

- moderne Terrorabwehr und Kampf gegen Organisierte Kriminalität

- auf bis zu fünf Tage ausgeweiteter Präventivgewahrsam bei Wiederholungstätern

### 2. Taser eingeführt

Berliner Polizisten können Gewalttäter sicher stoppen, ohne zur Schusswaffe greifen zu müssen – 147 Mal in 2025.

### 3. Body-Cams ausgeweitet auf alle Einsatzkräfte

**19 222**

Rufnummer als zentrale Nummer für Krankentransporte

Polizei, Feuerwehr und Ordnungsamt dürfen nun mitfilmen. Angreifer werden besser dokumentiert und verfolgt.

### 4. Friedlicher 1. Mai und Silvester-Jahreswechsel

Das neue Einsatzkonzept von Polizei und Feuerwehr hat funktioniert. Die Berliner spüren den Unterschied. Dazu trägt auch eine intensivere Polizeipräsenz bei.

### 5. Reformierter Rettungsdienst wird schneller

Auf Initiative der CDU-Fraktion werden wichtige Notrettings-Kapazitäten entlastet:

- Rettungssanitäter dürfen Patienten jetzt alleine transportieren.
- gezielt an passende Angebote weitergeleitete unechte Notfälle
- schnellere Abläufe durch moderne digitale Lösungen und eine bessere Steuerung

### 6. STEMOs bleiben auf der Straße

Die drei Schlaganfall-Spezialfahrzeuge der Feuerwehr retten Leben – die Behandlung beginnt damit 25 Minuten früher. Die CDU-Fraktion sicherte für jährlich rund 12.000 Berliner Schlaganfallpatienten die Finanzierung.

### 7. Freiwillige Feuerwehr bekommt mehr Geld

Die Aufwandsentschädigung stieg von 3,50 auf 6 Euro pro Stunde – erstmals seit acht Jahren. Ehrenamt wird endlich mehr gewürdigt.

### 8. Kinder bekommen schnellere Notfallhilfe

Ein mobiler Kindernotarzt-dienst nach Praxisabschluss kommt – damit Eltern nachts nicht mehr stundenlang in überfüllten Rettungsstellen warten müssen.

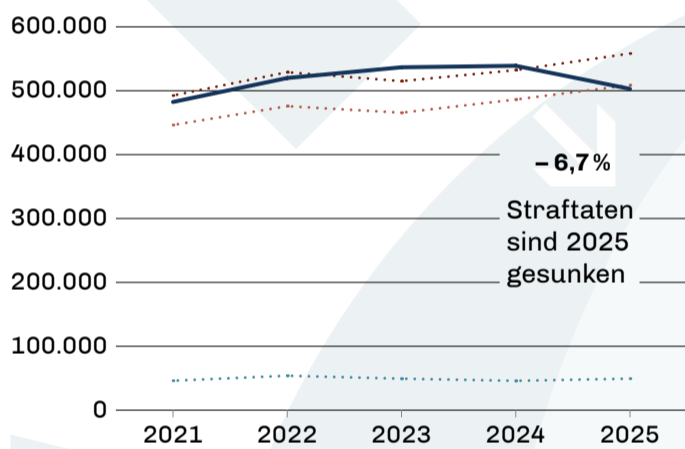
### 9. Malteser helfen jetzt stadtwweit

3 Millionen Euro pro Jahr für die „Berliner Hausbesuche“: Ältere Menschen ab 70 erhalten kostenlose Beratung direkt bei sich zu Hause.

### 10. Sicherheit wird nicht kleingespart

Im Haushalt 2026/2027 bleiben die Mittel für Polizei und Feuerwehr bewusst ungekürzt.

Jährliche Fälle von Straftaten<sup>1</sup> in Berlin sowie Anzahl der Rettungseinsätze der Berliner Feuerwehr<sup>2</sup>



Mehr Befugnisse und Mittel für die gestärkte Polizei Berlin:

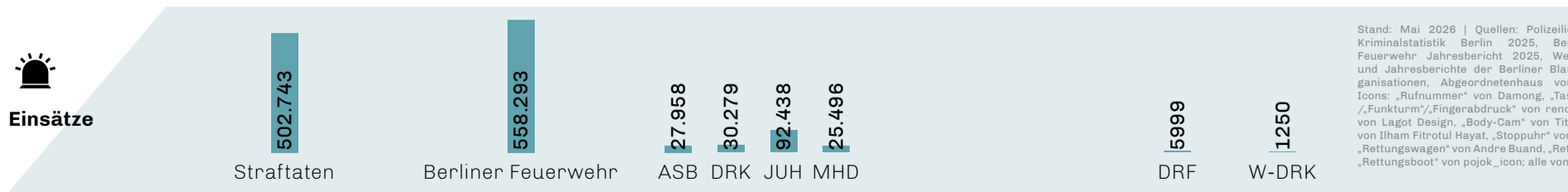


**Alle 28 Sekunden ein 112-Notruf**

**- 16,3 %**

Die Anzahl der Feuerwehr- und sonstiger Rettungskräfte, die Opfer einer Gewalttat wurden, verringerte sich um 16,3%, die der Polizeivollzugskräfte verringerte sich um 7,2%.

	Polizei Berlin	Berliner Feuerwehr (älteste Berufsfeuerwehr Deutschlands)  Freiwillige Feuerwehr	Rettungs-/ Sanitätsdienst sowie Katastrophenschutz ASB, DRK, Johanniter (JUH), Malteser (MHD)	Zivil- und Katastrophenschutz  THW (zuständig für technische Hilfe bei Großschadenslagen)	Luftrettung & Spezialdienste  DRF Luftrettung „Christoph 31“ (seit 2026, Station von ADAC-Luftrettung übernommen), „Christoph 100“, „Christoph Berlin“  DLRG, Wasserwacht (DRK)	Weitere Behörden mit Blaulicht  Bundespolizei (zuständig u.a. für Bahnhöfe, Flughäfen und Bundesgebäude), Verfassungsschutz/ LKA/ BKA, Zoll, Ordnungsämter, Deutsche Bahn, BVG, Notdienste der Versorgungswerke
<b>Beschäftigte</b>	<b>27.208</b>	<b>5925</b>	ASB <b>781</b> DRK <b>2494</b> JUH <b>2538</b> MHD <b>350-500</b>	<b>2100*</b>	DRF <b>ca. 85.000*</b> W-DRK <b>90</b>	
<b>Ehrenamtliche</b>		<b>1663</b> Freiwillige Feuerwehr <b>1353</b> Jugendfeuerwehr	ASB <b>853</b> DRK <b>2500</b> JUH <b>3283</b> MHD <b>1600</b>	<b>88.000*</b>		
<b>Fahrzeuge</b>	<b>2797</b>	<b>1036</b>			DRF <b>3</b> DLRG <b>2311*</b> W-DRK <b>14</b>	



Stand: Mai 2026 | Quellen: Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin 2025, Berliner Feuerwehr Jahresbericht 2025, Webseiten und Jahresberichte der Berliner Blaulicht-Organisationen, Abgeordnetenhaus von Berlin | Icons: „Rufnummer“ von Damong, „Taser“, „Drohne“, „Funkgerät“, „Fingerabdruck“ von rendicon, „Kamera“ von Lagot Design, „Body-Cam“ von Tithy, „Schutzschild“ von Ilham Fitrotul Hayat, „Stoppuhr“ von Hilmy Abiyuu Asad, „Rettungswagen“ von Andre Buand, „Rettungshubschrauber“/ „Rettungsboot“ von pojok\_icon; alle von thenounproject.com

# Die Richtung stimmt. Der

Zu den Veränderungen in Verwaltung, Mobilität und Wohnen: Doppel-Interview mit Berlins Regierendem Kai Wegner

Viel getan, viel zu tun: 100 Tage vor der Wahl zum 20. Abgeordnetenhaus von Berlin am 20. September haben wir Berlins Regierenden Bürgermeister Kai Wegner und den Vorsitzenden der CDU-Fraktion Dirk Stettner im Gespräch.

**klartext: Herr Wegner, Herr Stettner, Sie sind beide 2023 mit dem Anspruch angetreten: Berlin muss wieder funktionieren. Drei Jahre später: Funktioniert Berlin besser?**

**Kai Wegner:** Berlin funktioniert besser. Wir haben vieles angeschoben, einiges sichtbar verbessert und setzen nach rot-grün-rot auf Pragmatismus und Veränderung. Früher gab es zu wenig Tempo beim Wohnungsbau, Dauerstreit im Verkehr und unklare Zuständigkeiten. Heute funktionieren die Bürgerämter besser, Bauprojekte kommen voran, der Nahverkehr bekommt Rekordinvestitionen in neue Bahnen und Busse. Berlin ist nicht am Ziel, aber der Anfang ist gemacht.

**Dirk Stettner:** Die Richtung hat sich geändert. Unter Rot-Grün-Rot wurde häufig gestritten, bis nichts mehr ging. Unser Anspruch als CDU-Fraktion ist: Der Staat muss funktionieren. Ein Bürger, der einen Ausweis braucht, darf nicht wochenlang betteln müssen. Eine Familie, die eine Wohnung sucht, braucht Neubau statt Enteignungsparolen. Und wer morgens zur Arbeit muss, will keine Verkehrserziehung von Grünen, sondern funktionierende Wege.



Dirk Stettner setzt sich für den Bau neuer Wohnungen ein  
Foto: Yves Sucksdorff

## Verwaltung

**klartext: Beginnen wir mit der Verwaltung. Viele Berlinerinnen und Berliner haben damit lange Wartezeiten und Behörden-Pingpong verbunden. Was hat sich konkret verändert?**

**Wegner:** Ich habe die Verwaltungsreform zur Chefsache gemacht. Seit Jahrzehnten wurde darüber in Berlin diskutiert. Wir haben jetzt klare Zuständigkeiten, stärkere gesamtstädtische Steuerung und starke Bezirke. Dafür haben wir mit dem Landesorganisationsgesetz die Grundlage geschaffen. Gleichzeitig haben wir mehr als 460 Dienstleistungen digitalisiert. Für viele Anliegen muss man also gar nicht mehr persönlich aufs Amt.

**Stettner:** Dieses Behörden-Pingpong war ein Symbol für Rot-Grün-Rot: Jeder zeigte auf den anderen, keiner lieferte. Einen Bürgeramtstermin zu bekommen, war fast eine eigene Sportart. Heute loben Prominente in Social-Media-Videos öffentlich unsere Bürgerämter. Sie funktionieren wieder.



Ohne Termin ins Bürgeramt: Idee von Berlins Regierendem Kai Wegner  
Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

**klartext: Trotzdem bleibt die Frage: Merken die Bürger das wirklich schon?**

**Wegner:** Die Bürgerämter funktionieren jetzt richtig gut – das merkt jeder, der in letzter Zeit ein Termin braucht und selbst dort war. Wir haben einen Springerpool geschaffen, der Belastungsspitzen abfedert, und neue Standorte eröffnet, etwa in Treptow-Köpenick, Spandau und Marzahn-Hellersdorf. Und demnächst eröffnen wir einen neuen Standort in Pankow.

**klartext: Warum ist die Verwaltungsreform so zentral?**

**Stettner:** Weil fast alles in Berlin an der Verwaltung hängt: Wohnungsbau, Verkehr, Schule, Sicherheit, Wirtschaft. Überall braucht es klare Zuständigkeiten und schnelle Entscheidungen. Mit der Reform haben wir geklärt: Wer macht was? Wer entscheidet? Wer trägt Verantwortung? Eine Verwaltung verändert man nicht über Nacht. Aber wir haben die Basis gelegt, damit Berlin dauerhaft schneller wird.

## Mobilität

**klartext: Kommen wir zur Mobilität. Sie sprechen von einem neuen Miteinander im Verkehr. Was heißt das?**

**Wegner:** Wir spielen die Verkehrsteilnehmer nicht gegeneinander aus. Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und Fahrgäste im Nahverkehr gehören alle zu Berlin. Die ideologische Verkehrspolitik der Grünen machte eine Politik gegen Autofahrer. Unser Ansatz ist ein anderer – das hat auch die schnelle Öffnung der Friedrichstraße gezeigt. Wir investieren in Nahverkehr, Brücken, sichere Radwege und Fußwege und setzen zugleich auf leistungsfähige Hauptstraßen.

**Stettner:** Berlin ist keine Modellstadt für grüne Umerziehungsfantasien. Deshalb ist es auch gut, dass linke Aktivisten mit ihrer Initiative „Berlin autofrei“ gescheitert sind. Unsere Politik lautet: Angebote verbessern statt Menschen gängeln. Genau deshalb haben wir uns gegen pauschale Schikanen gestellt und zum Beispiel Tempo 50 dort wieder ermöglicht, wo es verantwortbar ist.

**klartext: Was sind die wichtigsten Erfolge in der Mobilität?**

**Wegner:** Wir haben Rekordinvestitionen in den Berliner Nahverkehr beschlossen. Damit schaffen wir die Grundlage für neue Fahrzeuge, moderne Infrastruktur, zuverlässigere Verbindungen und bessere Werkstätten. Sieben Jahre grüne Verkehrsverantwortung davor waren verlorene Jahre für die Stadt.

**Stettner:** Und wir kümmern uns um das, was viele jeden Tag nervt, beispielsweise das Baustellenchaos und marode Brücken. Für Brücken stehen 2026 und 2027 zusammen über 200 Millionen Euro bereit. Gleichzeitig beschleunigen wir Ersatzneubauten, weil Berlin es sich nicht leisten kann, dass wichtige Verbindungen jahrelang blockiert bleiben. Deswegen treiben wir auch die Sanierung des Schlangenhader Tunnels voran.

**klartext: Sie setzen auch auf den Ausbau der Schiene. Welche Projekte stehen im Mittelpunkt?**

**Wegner:** Eine wachsende Stadt braucht wachsende Infrastruktur: Deshalb treiben wir zentrale Schienenprojekte voran – von der Reaktivierung der Siemensbahn über die bessere Anbindung neuer Stadtquartiere bis hin zu Planungen für U- und S-Bahn-Erweiterungen und neuen Straßenbahnverbindungen, gerade in den östlichen Bezirken. Wer neue Wohnungen und Arbeitsplätze schafft, muss Mobilität von Anfang an mitdenken.

**klartext: Wie geht es denn bei Sicherheit, Sauberkeit und Ausbau der U-Bahn voran?**

**Stettner:** Wer mit der U-Bahn fährt, soll sich sicher fühlen. Deshalb haben wir die Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr verstärkt: Videoaufnahmen können länger gespeichert werden, in Bussen und Bahnen gilt ein Waffen- und Messerverbot. Zugleich sorgen wir für mehr Sauberkeit und Ordnung. Die Reinigungsstreife auf der Linie U8 ist ein gutes Beispiel.

**Wegner:** Völlig richtig. Die Sicherheits- und Sauberkeitsstreifen bei der BVG zeigen Erfolge und wir werden das auch auf das gesamte Netz ausweiten. Und Berlin braucht mehr Schiene. Projekte wie die Verlängerung der U-Bahnlinie 8 ins Märkische Viertel und weitere Netzerweiterungen treiben wir voran. Berlin wächst – die U-Bahn muss mitwachsen.

**klartext: Kritiker werfen Ihnen vor, Sie würden den Radverkehr ausbremsen.**

**Wegner:** Wir bauen den Radverkehr weiter aus – aber mit Maß und Verstand. Wir finanzieren sichere Radverkehrsanlagen in den Bezirken, sanieren bestehende Wege und schaffen bessere Abstellmöglichkeiten. Gleichzeitig testen wir smarte Lösungen, damit Radfahrer sicherer und flüssiger über Kreuzungen kommen.

**Stettner:** Auf jeder Hauptstraße zwanghaft ein Radweg, egal ob es passt oder daneben bereits einer ist – das haben wir verändert. Unter anderem dafür haben wir das Mobili-

tätsgesetz angepasst, damit nicht mehr stur nach Schema F geplant wird. Radwege müssen sicher, sinnvoll und machbar sein. Wir wollen keine Verpollerung der Stadt und Straßensperren als Selbstzweck, wir machen Radverkehrspolitik für Radfahrer – nicht gegen Autofahrer.

**klartext: Und welche Rolle spielen die Fußgängerinnen und Fußgänger bei Ihnen?**

**Stettner:** Wir setzen auf Sicherheit. Zum Beispiel bei Schulwegen, Fußgängerüberwegen, längeren Querungszeiten an Ampeln und barrierefreien Gehwegen

**Wegner:** Wer in Berlin zu Fuß unterwegs ist, soll sicher und gut durch die Stadt kommen. Deshalb verbessern wir Querungen, passen Ampelzeiten an, sanieren Gehwege und bauen Barrieren ab – besonders dort, wo ältere Menschen, Kinder, Familien mit Kinderwagen und Menschen mit Behinderung darauf angewiesen sind.



Nahverkehr, Autos, Radler – gefragt sind sichere Lösungen für alle Verkehrsteilnehmer  
Foto: IMAGO/Stefan Zeitz

## Wohnen

**klartext: Kommen wir zum Wohnen. Unter Rot-Grün-Rot ging der Wohnungsbau zurück. Haben Sie die Trendwende geschafft?**

**Wegner:** Wir haben die Trendwende beim Wohnungsbau eingeleitet. Wir beschleunigen Verfahren, vereinfachen Standards und bringen mit der Senatskommission Wohnungsbau zentrale Projekte voran. Bis Ende 2026 schaffen wir so rund 80.000 Wohnungen in unserer Stadt, also ein neues Zuhause für rund 160.000 Menschen. Das entspricht einer Stadt wie Darmstadt, Leverkusen oder Heidelberg. Zugleich haben wir zwei Jahre in Folge den Weg für jeweils mehr als 5000 neue Sozialwohnungen freigemacht. Das ist ein starkes Signal: Berlin baut wieder – und zwar gerade auch für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen.

**Stettner:** Die Wahrheit ist doch: Man kann Wohnungsmangel nicht wegenteignen. Man muss bauen. Rot-Grün-Rot hat Investoren verunsichert, Verfahren verkompliziert und sich dann gewundert, dass weniger entsteht. Wir haben das Schneller-Bauen-Gesetz beschlossen, die Bauordnung angefasst, Genehmigungen beschleunigt und die Fördermittel drastisch erhöht. Damit wird es leichter, preiswerten Wohnraum zu erstellen.

**klartext: Sie lehnen Enteignungen ab. Warum?**

**Stettner:** Weil sie keine neuen Wohnungen schaffen. Im Gegenteil: Sie schrecken Investoren ab, verunsichern Eigentümer, bremsen Neubau und helfen Wohnungssuchenden nicht. Die linke Hetze gegen Vermieter bringt nicht mehr, sondern weniger Wohnungen.



Auch der Regierende setzt sich für den Bau neuer Wohnungen ein  
Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Die Wahrheit ist doch: Man kann Wohnungsmangel nicht wegenteignen. Man muss bauen.

Dirk Stettner  
Vorsitzender der  
CDU-Fraktion Berlin

# Anfang ist gemacht.

und CDU-Fraktionschef Dirk Stettner

**Wegner:** Wir schützen Mieter, aber wir kämpfen nicht gegen das Bauen. Das ist der Unterschied. Den Wohnungsmangel bekämpft man nicht im Gegeneinander. Wir brauchen starke städtische Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und private Investoren.

**klartext:** Das ist auch ein Seitenhieb auf die Linke.

**Stettner:** Ein sachlicher. Wer Wohnen dauerhaft bezahlbar machen will, muss bauen. Alles andere ist linker und grüner Sand in die Augen der Mieter.

**klartext:** Welche konkreten Wohnungsbauprojekte zeigen diesen Kurswechsel?

**Wegner:** Es gibt viele Beispiele. Am Neuen Gartenfeld entstehen 3700 neue Wohnungen. Im Georg-Knorr-Park in Marzahn entsteht ein gemischt genutztes Quartier mit rund 1600 Wohnungen. Am ehemaligen Güterbahnhof Köpenick geht es um 1800 Wohnungen, eine neue Grundschule und einen Quartierstreiffpunkt. Das zeigt: Wir bauen nicht nur Wohnungen, wir entwickeln ganze Quartiere.

**klartext:** Beim Tempelhofer Feld wird seit Jahren gestritten. Ist dort neuer Wohnraum möglich, ohne diesen besonderen Ort zu verlieren?

**Wegner:** Das Tempelhofer Feld ist ein einzigartiger Ort für Berlin. Wir dürfen die Augen aber nicht davor verschließen, dass Berlin dringend bezahlbaren Wohnraum braucht. Die Initiative „Zuhause am Tempelhofer Feld“ macht dafür einen starken Vorschlag: mehr als 21.000 Wohnungen für mehr als 50.000 Menschen durch maßvolle Randbebauung. Das ist das, was Berlin jährlich braucht. Ich unterstütze das Vorhaben und für mich heißt das: eine ehrliche Prüfung, wie Wohnen, Grün, Freizeit und soziale Infrastruktur zusammen gedacht wer-



Berlin unterstützt Familien auf dem Weg ins eigene Zuhause  
Foto: IMAGO/Westend61

den können. Übrigens würde die gesetzlich vorgeschriebene 200-Hektar große Freifläche erhalten bleiben.

**Stettner:** Berlin braucht beides: Freiräume für die Stadtgesellschaft und neue Wohnungen für Menschen, die hier leben wollen. Und wir leben in der deutschen Metropole, Berlin, einer Weltstadt. Hier müssen wir den Mut haben, groß zu denken. Das Tempelhofer Feld ist sehr groß, ein innerstädtischer Schatz. Da können wir Kultur, Freiraum, Sport mit städtischem Wohnen in einer Größenordnung kombinieren – wenn nicht dort, wie sollten wir jegliche Hofbebauung sonst wo in der Stadt begründen?

**klartext:** Sie sprechen viel über Neubau. Aber was ist mit Mieterinnen und Mietern, die jetzt schon Angst vor steigenden Mieten haben?

**Stettner:** Unsere Antwort ist klar: Wir brauchen beides – starken Mieterschutz und mehr Wohnungsbau. Nur Mieterschutz ohne Neubau löst die Knappheit nicht. Nur Neubau ohne Schutz hilft denen nicht ausreichend, die heute an überhöhten Mieten leiden.

**Wegner:** Mieterschutz und Neubau gehören zusammen. Wir haben die Mietpreisprüfstelle geschaffen, die Berlinerinnen und Berliner kostenlos

”

Ich habe die Verwaltungsreform zur Chefsache gemacht. [...] Die Bürgermeister funktionieren jetzt richtig gut – das merkt jeder, der in letzter Zeit ein Termin brauchte und selbst dort war.

**Kai Wegner**  
Regierender Bürgermeister von Berlin

berät und unterstützt, wenn sie eine überhöhte Miete vermuten. Die Ergebnisse zeigen, wie wichtig dieses Instrument ist. Zudem setzen wir die Mietpreisbremse konsequent um und stärken die Bezirke beim Vorgehen gegen Mietpreisüberhöhungen.

**klartext:** Reicht das, um gegen die schwarzen Schafe auf dem Wohnungsmarkt vorzugehen?

**Stettner:** Die allermeisten Vermieterinnen und Vermieter handeln verantwortungsvoll. Aber wer in Berlin dringend benötigte Wohnungen zweckentfremdet, leer stehen lässt oder aus der Wohnungsnot ein Geschäftsmodell macht, handelt gegen das Interesse dieser Stadt.

**Wegner:** Wir wollen keinen symbolischen, sondern einen wirksamen Mieterschutz. Deshalb haben wir auch das Zweckentfremdungsverbot gestärkt und sorgen mit mehr Personal in den Bezirken dafür, dass bestehende Regeln auch durchgesetzt werden. Wenn Wohnraum abgerissen oder dauerhaft anders genutzt wird, ohne dass neuer Wohnraum entsteht, wird es künftig teurer: Die Ausgleichszahlung steigt auf bis zu 4600 Euro pro Quadratmeter. Unser Signal ist hier eindeutig: Wohnraum ist zum Wohnen da.

**klartext:** Jetzt haben wir viel über Mieterschutz und Neubau gesprochen. Was tun Sie denn dafür, dass sich Berliner auch wieder Wohneigentum leisten können?

**Wegner:** Bezahlbares Wohnen heißt für uns nicht nur Miete. Es heißt auch: Menschen müssen die Chance haben, sich in Berlin Eigentum aufzubauen – gerade Familien, junge Paare und Menschen mit mittleren Einkommen. Deshalb fördern wir Wohnen im Eigentum und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum. Künftig sollen 30 Prozent der von landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften errichteten Wohnungen zu Marktpreisen an Selbstnutzer verkauft werden können. Das stärkt Eigentumsbildung, ohne den sozialen Wohnungsbau aus dem Blick zu verlieren.

**Stettner:** Außerdem setzen wir uns dafür ein, beim erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum auf die Erhebung der Grunderwerbsteuer zu verzichten. Wer zum ersten Mal eine eigene Wohnung oder ein eigenes Haus kauft, soll nicht gleich an der Steuerlast scheitern. Berlin darf keine Stadt werden, in der Eigentum nur noch für Wenige erreichbar ist.

**klartext:** Was muss passieren, damit die Erfolge der letzten Jahre Bestand haben?

**Wegner:** Der Anfang ist gemacht und die ersten Erfolge sind sichtbar. Aber viele Reformen entfalten ihre volle Wirkung erst, wenn man sie konsequent weiterführt. Rot-Grün-Rot hat Berlin zu oft ausgebremst, wir haben wieder Tempo aufgenommen. Dieses Tempo dürfen wir nicht verlieren. Die Berlinerinnen und Berliner haben lange genug auf eine Stadt gewartet, die funktioniert. Wir wollen weiter liefern. Berlin wird.

**Stettner:** Berlin war lange genug Versuchslabor für linke Träumereien. Wir haben angefangen, den Laden wieder zum Laufen zu bringen – und jetzt hören wir garantiert nicht auf halber Strecke auf.

## Doppel-Interview – Teil 2 –

Lesen Sie in der nächsten Ausgabe den zweiten Teil vom großen Doppel-Interview zur Bilanz der CDU-Fraktion zu den Themen Wirtschaft, Bildung und Sicherheit.

## Bahnrad-EM zurück in Berlin

Die Sport-Hauptstadt Berlin richtet 2027 die Bahnrad-Europameisterschaften aus. Die Titelkämpfer sind vom 10. bis 14. Februar im Velodrom der Hauptstadt. Mit der Vergabe kehrt die Bahnrad-EM der Elite erstmals seit 2017 wieder nach Deutschland zurück.



Hand hoch, Beifall: Bahnrad-EM wieder in Berlin Foto: IMAGO/Nordphoto

## Reform des rbb-Staatsvertrags steht an

Der Berliner Senat hat dem Entwurf des Ersten Staatsvertrages zur Änderung des rbb-Staatsvertrages zugestimmt. Damit soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Berlin und Brandenburg weiter reformiert werden. Vorgesehen sind unter anderem ein geschärfter Kernauftrag des rbb, mehr Berichterstattung aus den Landesparlamenten, eine stärkere Zusammenarbeit mit Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie mehr Kooperationen mit anderen Rundfunkanstalten und privaten Anbietern.

Die CDU-Fraktion Berlin unterstützt diesen Kurs. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk brauche einen klaren Auftrag, wirtschaftliches Handeln und stärkere Kontrolle.

Die Neuregelungen sollen spätestens zum 1. November 2026 in Kraft treten.



rbb-Zentrale an der Masurenallee  
Foto: IMAGO/McPHOTO



Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner mit CDU-Fraktionschef Dirk Stettner im Abgeordnetenhaus Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener



## Tote Baustellen: zwei Fälle erledigt – das Grundproblem bleibt

Martin Sattelkau hakt bei Behörden und Leitungsunternehmen nach

Absperrungen, Bauzäune, wegfallende Stellplätze, schmalere Gehwege und Umwege: In mehreren Kiezen im Berliner Südosten berichten Bürgerinnen und Bürger immer wieder von Baustellen, bei denen über längere Zeit kaum Fortschritt erkennbar ist. Besonders ärgerlich wird es, wenn Einschränkungen bestehen bleiben, obwohl vor Ort scheinbar niemand arbeitet. Solche „toten Baustellen“ werden für viele Anwohnerinnen und Anwohner zum Sinnbild für schlechte Abstimmung, zu wenig Transparenz und fehlende Verlässlichkeit.

Der direkt gewählte Abgeordnete Dr. Martin Sattelkau will das nicht hinnehmen. Er ist regelmäßig in Kietz, Allende-Viertel I und II, Wendenschloß, Müggelheim und Müggelhort unterwegs, spricht mit Bürgerinnen und Bürgern und sieht sich problematische Stellen selbst an. Dabei hört er immer wieder dieselbe Frage: Warum werden Baustellen eingerichtet, wenn anschließend wochenlang kaum etwas passiert?

Zwei Fälle zeigten das Problem besonders deutlich. In der Grünen Trift 127 wurde eine Baustelle für eine Fernwärmetrasse eingerichtet. Laut Senatsantwort ist dort die Degewo Netzwerk GmbH Auftraggeberin. Die Arbeiten sollten nach einer früheren Auskunft im Dezember 2025 wieder aufgenommen und bis Jahresende abgeschlossen werden. Tatsächlich bestand die Baustelleneinrichtung Anfang März 2026 weiter. Später wurde mitgeteilt, dass einem Unternehmen wegen Schlechtleistung gekündigt worden sei, Leistungen neu ausgeschrieben werden mussten und verbindliche Termine erst nach Beauftragung eines neuen Unternehmens festgelegt werden konnten. Inzwischen ist diese Baustelle nach aktuellem Stand erledigt.

Auch am Müggelheimer Damm nahe Ludwigshöheweg gab es Beschwerden über längere Absperrungen. Nach der Antwort des Senats handelt es sich dort um Arbeiten am Trinkwassernetz der Berliner Wasserbetriebe infolge einer Havarie. Die Arbeiten konnten witterungsbedingt nicht im ursprünglich beantragten Zeitraum vom

6. Februar bis 27. März 2026 ausgeführt werden; nach Auskunft der BWB sollten sie voraussichtlich bis Ende April 2026 andauern. Zugleich teilte das Bezirksamt mit, dass es die Arbeiten der BWB an den Rohrleitungen nicht beschleunigen könne. Auch diese Baustelle ist inzwischen erledigt.

„Die Bürger haben Verständnis dafür, dass Leitungen erneuert und Infrastruktur instandgesetzt werden muss. Aber sie haben kein Verständnis dafür, wenn Absperrungen über Wochen bleiben und vor Ort kein Fortschritt erkennbar ist“, sagt Sattelkau.

Aus seiner Sicht braucht es mehr Verbindlichkeit: klare Zeitpläne, bessere Abstimmung zwischen Bezirksamt, Senat, Leitungsunternehmen und ausführenden Firmen sowie verständliche Informationen für die Anwohner.

Sattelkau geht den Fällen deshalb parlamentarisch und öffentlich nach. Mit Schriftlichen Anfragen will er

klären, wer verantwortlich ist, welche Fristen gelten, welche Kontrollen stattfinden und warum Bauabläufe ins Stocken geraten. Dabei geht es nicht darum, notwendige Bauarbeiten zu verhindern. Im Gegenteil: Straßen, Leitungen und Gehwege müssen instand gehalten werden. Aber Einschränkungen dürfen nur so lange bestehen, wie sie wirklich notwendig sind.

„Wenn eine Baustelle eingerichtet wird, muss dort auch gearbeitet werden – oder es muss erklärt werden, warum nicht“, so Sattelkau. Sein Ziel ist, aus einzelnen Fällen zu lernen und die Abläufe grundsätzlich zu verbessern: weniger unnötige Sperrungen, kürzere Belastungen und mehr Transparenz für die Menschen vor Ort.

Dass die beiden genannten Baustellen inzwischen erledigt sind, ist gut. Es ändert aber nichts daran, dass die Abläufe zuvor für viele Anwohnerin-

nen und Anwohner schwer nachvollziehbar waren. Genau daraus müssen die zuständigen Stellen lernen.

Ärgern Sie sich auch über eine Baustelle, bei der seit längerer Zeit nichts passiert? Dann schreiben Sie mir gern mit genauer Ortsangabe und, wenn möglich, mit Foto: [info@msattelkau.de](mailto:info@msattelkau.de).

### Quellen / belegte Grundlagen

- Schriftliche Anfrage 19/25801 – Arbeiten am Trinkwassernetz der Berliner Wasserbetriebe am Müggelheimer Damm / Ludwigshöheweg: <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-25801.pdf>
- Schriftliche Anfrage 19/25420 – Baustelle Grüne Trift 127 / Fernwärmetrasse / Verzögerungen: <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-25420.pdf>

Baustellen-Sperrschilder  
Bild: Raphael AI



## Verkehrsüberlastung im Wendenschloßviertel

Alte Annahmen müssen überprüft werden

Im Wendenschloßviertel ist der Verkehr ein Dauerthema. Wer morgens oder am späten Nachmittag auf Wendenschloßstraße oder Müggelheimer Straße unterwegs ist, kennt die Lage: Stau, Rückstau und lange Wartezeiten. Viele Anwohner fragen sich, wie viel zusätzliche Belastung die Straßen noch aufnehmen können.

Schriftliche Anfragen von Martin Sattelkau zeigen: Zwischen 2018 und Mitte 2024 wurden in Wendenschloß/Köpenick-Süd rund 850 Wohnein-

**„**  
**Weißt du,**  
**wie wir das früher gemacht haben?**  
**Schneller!**

Bekannter Baustellen-Spruch

heiten fertiggestellt. Bis 2030 waren weitere rund 2600 geplant. Insgesamt wird ein Potenzial von rund 4000 Wohneinheiten von 2014 bis 2030 genannt. Schwerpunkte sind Marienhain, Funkwerk und Kietzer Feld.

Auch die Verkehrszahlen sind deutlich. Am Knotenpunkt Müggelheimer Straße/Wendenschloßstraße wurden 2023 hohe Kfz-Belastungen gezählt. Zugleich wurde mitgeteilt: Ein klassisches Mobilitätskonzept „Kietzer Feld/Wendenschloß“ wurde nicht beauftragt.

Für Sattelkau ist klar: Alte Annahmen müssen sich an der Wirklichkeit messen lassen. Wenn Anwohner täglich Überlastung erleben, reichen frühere Gutachten nicht aus. Dann braucht es aktuelle Auswertung und Nachsteuerung.

Die CDU-geführte Verkehrsverwaltung unter Senatorin Ute Bonde hat die alten Planungen nicht verursacht. Aber sie ist jetzt gemeinsam mit dem Bezirk und dem Verkehrsmanagement Teil der Lösung.



## FEZ Berlin: Zirkus am Meer

Ab dem 11. Juli 2026 heißt es im FEZ: erst Jonglieren lernen, dann ab in den Badese. Das FEZ kombiniert in den Sommerferien Zirkus-Mitmachprogramm mit Freibad-Feeling auf dem eigenen Gelände. Akrobatik, Diabolo, Hula-Hoop, Clownerie, Tanzen, Balancieren auf der Kugel – die Zirkusdisziplinen laufen als offene Mitmachstationen. Wer nach dem Herumtoben Abkühlung braucht: Der Badese auf dem FEZ-Gelände ist Teil des Programms. Sandstrand, Wasser, Naturentdeckungen – kein Extra-Ticket nötig.

Der Eintritt schließt den Zugang zum Kindermuseum ein.

## Livemusik auf der Schlossinsel Köpenick

Die grüne Schlossinsel Köpenick wird im Sommer noch bis zum 26.08.2026 jeden Mittwoch zur Bühne für Musiker unterschiedlichster Genres.

Die Veranstaltungsreihe blickt bereits auf eine lange Tradition zurück. Besucher machen es sich beim Picknick im Park bequem und lauschen Musikern und Bands. Das Programm ist bunt gemischt: von Indie-Rock über Jazz, Country, Soul, Chanson bis hin zu klassischen Konzerten. Die Konzertreihe wird von KuKuK e. V. Berlin veranstaltet.

## Immer informiert sein!

Über unsere Kieznachrichten liefern wir Ihnen aktuelle Informationen über unsere Arbeit direkt in Ihr Postfach. Einfach den QR-Code scannen und kostenlos abonnieren:



Weitere Informationen finden Sie unter:

- www.martin-sattelkau.de,
- www.instagram.com/martinsattelkau oder
- www.facebook.com/Dr.MartinSattelkau

# Grüne Trift 127

Baustelle erledigt – bei den Rasenflächen bleibe ich dran

## Grüne Trift- Nacharbeit

Foto: Team Sattelkau



Wer in den vergangenen Monaten an der Grünen Trift nahe Hausnummer 127 vorbeikam, sah lange vor allem Absperrungen. Stellplätze waren blockiert, Wege eingeschränkt, die Baustelle prägte den Straßenraum. Für viele blieb die Frage: Warum geht es hier nicht voran?

Inzwischen ist der wichtigste Teil des Ärgernisses vor Ort beseitigt: Die Baustelle im Straßenraum ist komplett erledigt. Die Straße befindet sich wieder in einem ordnungsgemäßen Zustand. Auch der Gehweg ist vollständig wiederhergestellt und in Ordnung. Offen bleibt jedoch die Herstellung der Rasenflächen. Diese wurde bislang noch nicht begonnen. An diesem Punkt bleibe ich weiterhin dran.

Die erste Antwort klärte die Grundlage: Es ging um Tiefbauarbeiten für den Aushub einer Fernwärmetrasse. Die verkehrsrechtliche Anordnung galt vom 1. März 2025 bis 27. Februar 2026. Zuständig war das Straßen- und Grünflächenamt Treptow-Köpenick. Zugleich wurde deutlich: Baustellen Dritter werden wegen der Vielzahl solcher Maßnahmen nicht in jedem Detail kontrolliert.

Die zweite Anfrage brachte den Bauablauf ans Licht. Auftraggeber war die degewo

netzwerk GmbH; Ausschreibung und Baubetreuung lagen bei GNEISE. Die Arbeiten sollten am 15. Dezember 2025 wieder aufgenommen und bis Jahresende fertiggestellt werden. Der Zeitverzug wurde mit einer erneuten Ausschreibung begründet; dem bisherigen Unternehmen war der Auftrag entzogen worden.

Anfang März 2026 bestand die Baustelleneinrichtung weiterhin. Die dritte Antwort war deutlich: Dem beauftragten Unternehmen war Ende 2025 wegen Schlechtleistung gekündigt worden. Anfang 2026 wurde nur ein provisorischer Deckenschluss veranlasst; die Leistungen mussten neu ausgeschrieben werden. Offen waren Verfüllung und Verdichtung der Leitungsgräben sowie die Wiederherstellung der Asphalt- und Betonoberflächen. Die Sondernutzung wurde bis 17. April 2026 verlängert. Ein verbindlicher Termin konnte damals nicht genannt werden.

Das war kein kleiner Verzug, sondern ein erhebliches Problem im Bauablauf. Für die Anwohnerinnen und Anwoh-

”

**Beteiligung ist ein demokratisches Recht, das man nicht nur einfordern, sondern sich schlicht nehmen kann, darf und sollte.**

### Jörg Sommer

Sozialwissenschaftler und Direktor des Berlin Institut für Partizipation

ner blieb die Belastung: Parkplätze fehlten, Wege waren beeinträchtigt, die Baustelle blieb monatelang sichtbar.

Inzwischen wurde mitgeteilt, dass die Baumaßnahme am 20. April 2026 abgeschlossen wurde. Diese Angabe hat sich für den Straßenraum nun auch vor Ort bestätigt: Straße und Gehweg sind wieder ordnungsgemäß hergestellt. Erledigt ist der Vorgang damit aber noch nicht. Denn auch angrenzende degewo-Freiflächen waren betroffen. Deshalb folgte eine weitere Anfrage zur Wiederherstellung.

Die Antwort nennt die Stirnseite der Köpenzeile 132, einen Teil der Rasenfläche und einen gepflasterten Gehweg zwischen Dregerhoffstraße 52 und Anwohnerparkplatz. Die degewo netzwerk GmbH soll eine Fachfirma beauftragen. Restleistungen an der Grünanlage und an der Rasenfläche wurden für Mai 2026 angekündigt.

Gut ist: Die Wiederherstellung von Straße und Gehweg ist inzwischen abgeschlossen. Nicht zufriedenstellend ist: Die Herstellung der Rasenflächen wurde noch nicht begonnen. Auch der Zielzustand bleibt weich formuliert. Für die Anwohner zählt der Zustand vor Ort: begehbare Wege, freie Zugänge, wiederhergestellte Grünflächen und eine ordentlich nutzbare Wohnumgebung.

Deshalb bleibe ich dran. Drei Schriftliche Anfragen waren nötig, um Verantwortlichkeiten zu klären, Verzö-

gerungen offenzulegen und den Druck auf den Abschluss hochzuhalten. Eine weitere Nachfrage bleibt nötig, solange die Rasenflächen nicht hergestellt sind.

Mein Anspruch bleibt: Wer öffentlichen Raum oder wohnungsnahen Freiflächen nutzt, muss zügig arbeiten, transparent informieren und am Ende ordentlich wiederherstellen.

### Quellen und weiterführende Links

**Schriftliche Anfrage S19/24328:** Baustelle – „Grüne Trift 127“, Antwort vom 25. November 2025

<https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-24328.pdf>

**Schriftliche Anfrage S19/24494:** Baustelle „Grüne Trift 127“ (Teil 2), Antwort vom 15. Dezember 2025

<https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-24494.pdf>

**Schriftliche Anfrage S19/25420:** Baustelle Grüne Trift 127 – Sachstand nach Ablauf der angekündigten Fertigstellung, Antwort vom 17. März 2026

<https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-25420.pdf>

**Schriftliche Anfrage S19/25868:** Wiederherstellung der durch die Bauarbeiten nahe Grüne Trift 127 beeinträchtigten degewo-Freiflächen, Antwort vom 8. Mai 2026

<https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-25868.pdf>

# Rund 200 Menschen fordern sichere Querung der Salvador-Allende-Straße

Sicher über die Straße

Am 18. Mai 2026 war auch der Abgeordnete Martin Sattelkau bei der Aktion für eine sichere Querung der Salvador-Allende-Straße nahe der Azaleenstraße vor Ort.

Von 15 bis 17 Uhr machten Anwohnerinnen und Anwohner, Familien, Kinder, ältere Menschen, Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und Unterstützerinnen und Unterstützer aus dem Kiez deutlich: An dieser Stelle braucht es endlich eine sichere Lösung. Geleitet wurde die Aktion von Udo Franzke.

Trotz des dichten Fahrzeugverkehrs im Berufsverkehr verlief die Veranstaltung ohne Probleme. Die Polizei sicherte die Aktion professionell ab.

Die Verkehrszählungen lagen zu diesem Zeitpunkt bereits



### Aktion an der Salvador-Allende-Straße nahe der Azaleenstraße

Foto: Team Sattelkau

vor. Am 1. Juni fand dazu ein Vor-Ort-Termin mit Vertretern des Senats, des Bezirks und der Polizei statt. Ziel war es, vor Ort zu bewerten, welche Querungslösung an dieser

Stelle möglich ist – etwa ein Fußgängerüberweg oder eine bauliche Querungshilfe.

Für viele Menschen im Allende-Viertel ist das keine theoretische Frage. Wer dort

regelmäßig die Straße queren muss, weiß, warum der Wunsch nach mehr Sicherheit so groß ist.

Jetzt kommt es darauf an, dass aus Prüfung und Abstimmung auch eine umsetzbare Lösung wird. Sobald feststeht, ob und in welcher Form eine zusätzliche sichere Querung bewilligt wird, werden wir darüber berichten.

Martin Sattelkau beschäftigt sich seit Januar mit dem Thema. Weitere Informationen einschließlich seiner Schriftlichen Anfragen finden Sie hier: <https://www.martin-sattelkau.de/news/lokal/893/Mehr-Sicherheit-auf-der-Salvador-Allende-Strasse-Pruefung-einer-zusaetzlichen-Querung-laeuft-weiter.html>



# Schulen brauchen unseren Schutz – heute mehr denn jemals zuvor

von **Dirk Stettner** – Vorsitzender der CDU-Fraktion Berlin

Als Ort zum gemeinsamen Lernen und Heranwachsen stehen wir in der Verantwortung, die Schulen für unsere Kinder vor äußeren und inneren Gefahren zu bewahren.

Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2025 lässt jedoch aufhorchen. Extremisten von links, rechts und dem Islamismus entdecken zunehmend die Schule als einen Nährboden für ihre schrecklichen Ideologien. Ansprachen erfolgen heutzutage analog und digital. Schülerinnen und Schüler werden mitunter auf dem Weg von oder zur Schule von diesen Gruppen angesprochen und rekrutiert. Gleichzeitig hat sich die Nutzung vielfältiger Kanäle der sozialen Medien intensiviert. Wo die Schülerinnen und Schüler im Netz unterwegs sind, sind auch Extremisten unterwegs.

Gleichzeitig sagt eine von der Bildungsverwaltung beauftragte Studie, deren Ergebnisse zum Ende des zweiten Quartals vorgestellt werden, dass Gewalterfahrungen in-

nerhalb der Schule zugenommen haben. Hiervon betroffen sind insbesondere integrierte Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen und Grundschulen. Nur ein geringer Teil der Schülerinnen und Schüler gibt an, in diesem oder letztem Jahr keine Gewalt erfahren zu haben.

Berlin steht hier selbstverständlich nicht losgelöst von gesamtgesellschaftlichen Tendenzen und den aktuellen Konflikten in der Welt. All das spiegelt sich auch immer in unseren Bildungseinrichtungen wider. Wir haben aber keinerlei Grund, frustriert oder pessimistisch auf die kommende Zeit zu blicken – ganz im Gegenteil.

Wir haben uns in den letzten drei Jahren intensiv für bessere Bildung in Berlin eingesetzt, haben gute Erfolge erzielt und sind weitreichende Schritte vorangekommen. Nun müssen wir uns verstärkt diesen Problemen widmen – die Gewalt bekämpfen und Extremisten fernhalten.

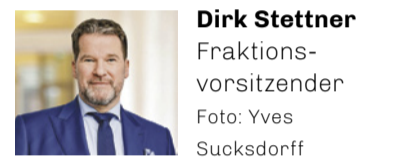


Spielen und Lernen in der Schule. Diese Räume müssen frei bleiben von Gewalt Foto: IMAGO/epd

Vor allem steht immer Präventionsarbeit. Dazu gehört, die Medienkompetenz immer wieder zu schulen. Deshalb haben wir den Runden Tisch „Smartphones an Schulen“ eingerichtet. Die Ergebnisse werden zeigen, welche Maßnahmen für einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Endgeräten sinnvoll sind. Dazu gehört auch die Diskussion darüber, ob Handys an Schulen stärker eingeschränkt und ggf. sogar verboten werden sollten. Dazu müssen wir das schulische Personal auch in die Lage versetzen. In den letzten drei Jahren haben wir für ausreichend Lehrkräfte, viele multiprofessionelle Teams sowie mehr Räumlichkeiten mit Rückzugsräumen gesorgt. All das benötigen wir für erfolgreiche Prävention.

Wir werden außerdem Wege finden, die Indoktrination unserer Schüler von außen abzuwehren. Hier gilt es über den Schutz der Schulwege nachzudenken.

Wenn es dann aber zu (Gewalt-)Taten kommt, müssen diese auch immer Konsequenzen haben. Wenn alles nichts hilft, braucht es Repression. Täter müssen lernen, dass sie ihr Verhalten ändern müssen. Es darf zu keiner Täter-Opfer-Umkehr kommen. Warum sollen Opfer von psychischer oder physischer Gewalt die Schule wechseln und nicht die Täter? Hier werden wir ansetzen und dafür sorgen, dass Täter von der Schule genommen werden und nicht die Opfer ihr Leben umstellen müssen.



**Dirk Stettner**  
Fraktionsvorsitzender  
Foto: Yves Sucksdorff

Schneehütte der Inuit	der Rätselrater	hohe Spielkarte	ugs.: den Straßenbelag erneuern	Schreibweise	Segel am hinteren Schiffsmast	Bankansturm (engl.)	gebäckene Kartoffelscheiben	Verdauungsorgan	Einrichtung für Bankkunden	Besitz, Vermögen	flink, beweglich	Teil des Weinstocks	bunt	Paradiesgarten	Vorn. des Ex-Tennisprofis Becker	Sorte, Gattung	aus tiefstem Herzen	Mensch zwischen 20 u. 29 Jahren
rutschig				Berliner Rapper					männl. Vorname					dt. Schauspieler (Matthias)				
berl.: befreien						nicht neu	Rundfunk-sprecher						Tier aus einem fernen Land			zu vorgerückter Stunde	ganz und gar	
				Regelwidrigkeit (Sport)	reizvoll Situation				berl.: zittern, frieren					Binde-wort (je - ...)	franz. Herrscher-anrede			8
berl.: Glück	anhänglich	Flachs	angenommen, dass				kleiner Betrug					2	Staat der USA	eh. Reg. Bürgermeister (Eberhard)				
Ferngespräch															Berliner Rock-sängerin (Ina)	mehrlag. Werkstoff (Bodenbelag)	zentralafrik. Gewässer	
			Durch-einander	Insel-europäerin	Binde-wort								nichts Böses	Baum-woll-stoff	fächer-förmige Fluss-mündung			
sich täuschen	ostasiat. Zier-pflanze	Teil einer Kette																
				Fluss in Spanien	vorsprin-gender Gebäu-detteil										in dieser, in diesem	Gesinde, Pöbel		
Berliner Original (Harald) † 2005	Zitter-pappel	poetisch: Frühling	Farbe: Treib-stoff											Missis-sippi-Zufluss	ohne-in	Wahl-spruch kurz und bündig		
Genehmigung														die Sonne betref-fend		geboge-ner Metall-stift	Gulasch-kanone	
Lenkvorrichtung				Gebirge zw. Europa und Asien	Moral-begriff											Arrest		7
Dach-appartement (engl.)														Schall-ortungs-gerät	ein Ganz-körper-training			
				schnell machen (sich ...)	Trieb-fahrzeug der Bahn (Kurzw.)											zen-sieren	männ-licher frz. Artikel	
Lösungs-mittel	vor allem, beson-ders	Schau-spiel-ensemble	Berliner Wappen-tier											Sitz-streik (amerik.)	Beatles-Mitglied (John) † 1980	berl.: beide		
Burganlage Spandau														oster. Völ-kergruppe Zurückset-zen (PC)			un-genutzt, unbebaut	Schrift-sportler
				Strom zur Nordsee	von ge-nannter Zeit an	erster Mensch (A. T.)	poetisch: Er-quickung	Hptst. Grie-chen-lands	Stadt mit dem Schiefen Turm	Bücher-, Waren-gestell	Be-gräbnis-sstätte	nieder-länd. Name der Rur				Salz-lösung	vorder-ter Boots-teil	
kurz: für das	frühere russ. Raum-station	von sehr geringer Tempe-ratur						lautmal.: Schuss, lauter Knall						Frau Adams (A. T.)	Abend-gesell-schaft (frz.)			
Impf-stoff-röhrchen					berl.: finster, dunkel					Märchen-figur der Brüder Grimm							Ausruf des Er-staunens	
			Zutat					Hptst. von Bosnien-Herze-gowina							Sing-vo-gel			
Wäsche-stück	Monarch oder des-sen Stell-vertreter				geistig					Kraftstoff in ein Fahrzeug füllen							hin und ...	

**Ihre Meinung ist uns wichtig.**

**große Umfrage**  
Machen Sie mit!

Jetzt QR-Code scannen oder zur Online-Umfrage unter: [klartext-umfrage.de](http://klartext-umfrage.de)

Oder senden Sie den Einleger im Innenteil dieser Zeitung per Post.

**CDU** FRAKTION BERLIN

1	2	3	4	5	6	7	8	9
---	---	---	---	---	---	---	---	---

Die **Auflösung** finden Sie auf der letzten Seite.

# Berlin geht gegen illegale Schusswaffen vor

Polizei macht erfolgreich Druck gegen bewaffnete Tätergruppen

Schüsse auf offener Straße, Einschusslöcher in Fensterscheiben, Menschen, die auf Spielplätzen, vor Lokalen oder aus fahrenden Autos heraus bedroht werden: Illegale Schusswaffen sind eine Gefahr für die Sicherheit in unserer Stadt.

## Großeinsatz gegen Täter erfolgreich

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: In Berlin wurden 2025 insgesamt 1119 Straftaten unter Verwendung von Schusswaffen registriert. Der Senat reagierte umgehend. Seit Herbst 2025 wurden die Kräfte gegen Schusswaffenkriminalität in der Ermittlungseinheit „Ferum“ beim Landeskriminalamt gebündelt. Gemeinsam mit der Ermittlungsgruppe „Telum“ der Staatsanwaltschaft nimmt sie nicht nur Einzeltäter in den Blick, sondern ganze Strukturen. Mitte Mai waren rund 570 Einsatzkräfte an einem groß angelegten Schlag gegen mutmaßliche Täter beteiligt. Es ging um den Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung, um Erpressungslagen und Schussabgaben. Neun Männer wurden festgenommen, 28 Objekte durchsucht, Waffen, Schusswaffenteile, Schreckschusswaffen, Betäubungsmittel, Bargeld, Fahr-

zeuge und Datenträger sichergestellt.

## Polizei setzt Szene unter Druck

Auch Ende Mai zeigte ein Verbundeinsatz, wie groß der Druck auf die Szene inzwischen ist: Fast 200 Personen wurden kontrolliert, fünf Menschen vorläufig festgenommen, eine scharfe Waffe samt Magazin sichergestellt. In Wed-

Polizeieinsatz in Berlin, illegale Schusswaffen im Blick

Foto: IMAGO/dts Nachrichtenagentur

ding wurden nach Schüssen in die Luft drei Männer festgenommen; in einer Lokalität fanden Ermittler eine scharfe Faustfeuerwaffe mit Munition.

## Illegale Schusswaffen sollen härter sanktioniert werden

Die Polizei arbeitet entschlossen und gezielt. Jetzt muss auch rechtlich nachgezogen werden.

Der Plan im Bundesrat von der CDU-geführten Koalition im Berliner Abgeordnetenhaus ist die Verschärfung des Waffengesetzes. Wer illegal Schusswaffen gewerbsmäßig herstellt, bearbeitet, instand setzt oder damit handelt, soll künftig als Verbrecher bestraft werden können. Auch illegaler Erwerb, Besitz und das Führen von Schusswaffen sollen härter sanktioniert werden.

Denn bislang werden illegale Waffenbesitzer in der Praxis häufig nicht mit Untersuchungshaft konfrontiert, weil die zu erwartenden Strafen zu niedrig sind. Auch weitergehende Ermittlungsmaßnahmen sind oft erschwert, weil bestimmte Waffendelikte nicht in den Katalog der Strafprozessordnung fallen. Genau hier setzt die Initiative an: Straftaten im Zusammenhang mit illegalen Schusswaffen sollen stärker verfolgt, besser ermittelt und konsequenter geahndet werden können.

## Illegale Schusswaffen haben in Berlin keinen Platz

Die Botschaft: Illegale Schusswaffen haben in Berlin keinen Platz. Wer sie besitzt, wer sie verkauft, wer sie einsetzt oder für kriminelle Strukturen verfügbar macht, muss mit der vollen Härte des Rechtsstaats rechnen.

Die Polizei liefert. Staatsanwaltschaft und Ermittler arbeiten mit Hochdruck. Die CDU-Fraktion organisiert politisch, dass aus erfolgreicher Polizeiarbeit auch konsequente Strafverfolgung wird. Denn Sicherheit entsteht durch klare Regeln, starke Ermittlungsbehörden und einen Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger schützt.



# Intelligente Ampeln gegen den Stau

CDU-Fraktion will Hauptverkehrsstraßen leistungsfähig halten

Eine funktionierende Stadt erkennt man auch daran, dass gebaut wird und dass selbst während des Bauens der Verkehr noch fließt.

Wenn Ampeln flexibel auf neue Verkehrsführungen reagieren, kommen Menschen verlässlicher durch die Stadt – mit dem Bus, dem Auto, dem Fahrrad oder zu Fuß. Intelligente Ampelschaltungen stehen damit für eine Stadt, die mitdenkt, schneller reagiert und Mobilität für alle einfacher macht. Genau das ist der Anspruch der CDU-Fraktion Berlin: Berlin soll funktionieren – auch während es sich erneuert.

## Im Fokus stehen Hauptverkehrsstraßen

Genau diesen Anspruch möchte die CDU-Fraktion mit einer neuen Initiative im Berliner Abgeordnetenhaus erfüllen. Ampelschaltungen im Umfeld von Baustellen sollen künftig verpflichtend überprüft und angepasst werden. Besonders im Fokus stehen Hauptverkehrsstraßen und Strecken, auf denen auch Busse und Ersatzverkehre des öffentlichen Nahverkehrs betroffen sind.

Der Gedanke ist einfach: Wenn sich die Straße verändert, muss sich auch die Ampelschaltung verändern.

## Besser vorankommen im Alltag

Wer mit dem Auto unterwegs ist, kommt verlässlicher durch Baustellenbereiche. Und wer den Bus nutzt, profitiert von stabileren Fahrzeiten. Ersatzverkehre können ihre Aufgabe besser erfüllen. Die Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner sinken. Das hilft allen, die täglich durch Berlin müssen – zur Arbeit, zur Schule, zum Termin oder nach Hause.

Gleichzeitig soll die Verkehrssicherheit gewahrt bleiben. Besonders der querende Verkehr, Schulwege und vulnerable Gruppen müssen geschützt werden. Schnellere Ampelanpassungen dürfen nicht zulasten der Sicherheit gehen.

## Verkehrssicherheit und Mobilität

Wenn das Vorhaben erfolgreich umgesetzt wird, wäre das ein spürbarer Beitrag für eine Stadt, in der Mobilität auch während notwendiger Bauarbeiten besser funktioniert. Berlin würde damit zeigen, dass Baustellen, Verkehrssicherheit und verlässliche Mobilität besser miteinander vereinbar werden können.



Ampelwartung in Berlin: Jetzt sollen smarte Lichtzeichen unnötige Staus verhindern  
Foto: IMAGO/Frank Songe

## Yad Vaschem-Straße in Mitte

Ein Teil der Dorotheenstraße in Berlin Mitte soll nach der Internationalen Holocaust-Gedenkstätte „Yad Vaschem“ in Jerusalem umbenannt werden. Der angestrebte Termin dafür ist der 20. Januar 2027, der 85. Jahrestag der Wannseekonferenz. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner: „Berlin zeigt damit deutlich: Die Erinnerung an die Shoah und an dieses im deutschen Namen begangene Menschheitsverbrechen bleibt ein fester und unverrückbarer Teil unserer Geschichte.“

## Jubiläum mit Ballett

Vorhang auf für die „Staatsoper für alle“: Das Kultur-Highlight ist bis 2030 gesichert, die Zusammenarbeit mit BMW als Sponsor wird fortgesetzt. Zum 20-jährigen Bestehen soll es im kommenden Jahr (12./13. Juni 2027) erstmals auch eine Ballettaufführung geben.



Bühne frei für „Staatsoper für alle“ Foto: IMAGO/Berlinfoto

